

18.08.2014 – PM 68/2014

Russischer Importstopp

IG BAU: Landarbeiter müssen bei EU-Hilfen berücksichtigt werden

Frankfurt am Main – Anlässlich der EU-Hilfen für Bauern, die vom russischen Importverbot betroffen sind, fordert die Agrargewerkschaft IG BAU die Arbeitnehmer nicht zu übergehen. „Bei den Hilfen aus Brüssel müssen die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Es kann nicht sein, dass mit Steuermitteln ein Ernteverzicht der Bauern aufgefangen wird, diese gleichzeitig ihre Beschäftigten vor die Tür setzen und die Arbeitnehmer als einzige unter dem russischen Importstopp leiden müssen. Wenn ein Betrieb Hilfe bekommt, müssen Kündigungen tabu sein. Erntehelfern, die wegen des Importstopps nicht eingestellt werden, brauchen ebenso Unterstützung wie die Bauern.“

Diese Selbstverständlichkeit wird in Brüssel leider nicht immer beachtet. Bei der letzten großen Unterstützungsaktion für Bauern durch EU-Mittel im Zuge der EHEC-Krise erhielten die Beschäftigten keine Hilfen. Gerade bei der Ernte wurden zugesagte Einsätze gestrichen und die Arbeiter standen ohne Lohn da. Einen Verdienstausschlag bekamen sie aber nicht. Mancher Erntehelfer, der im Vertrauen auf seinen Einsatz lange Strecken gereist war, hatte schließlich nicht einmal mehr Geld für die Rückfahrt nach Hause. Laut Medienberichten erhielten die Bauern dagegen eine Entschädigung von 210 Millionen Euro aus Brüssel.